

Cornelia Ernst (MdEP)

Stellv. Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung

Die Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2014

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT


GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Warum diese Diskussion jetzt?

- Okt 2010 Überprüfung des EU-Haushalts, Mitteilung der KOM
- Nov 2010 Fünfter Kohäsionsbericht der KOM
- Diskussion: Gestaltung der Kohäsionsverordnungen ab 2014, Mehrjähriger Finanzrahmen ab 2014
- Im Sommer 2011 liegen Vorschläge zum MFR + zu Kohäsionsverordnungen vor → Positionierung / Einflussnahme

Hintergrund: Kohäsionspolitik

- Wichtiger Beitrag zur Überwindung von wirtschaftl. + sozialen Unterschieden zw. MS und Regionen
- Ostdeutsche Bundesländer haben besonders profitiert → Ziel-1-Förderung bzw. Ziel „Konvergenz“
- Kohäsionspolitik hat Mehrwert:
 - gelebte Solidarität zw. MS
 - Dezentraler Ansatz erlaubt passfähige Förderung
 - Interregionale Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch untereinander

Indikative Mittelzuweisung 2007-2013 (in Mio. EUR)

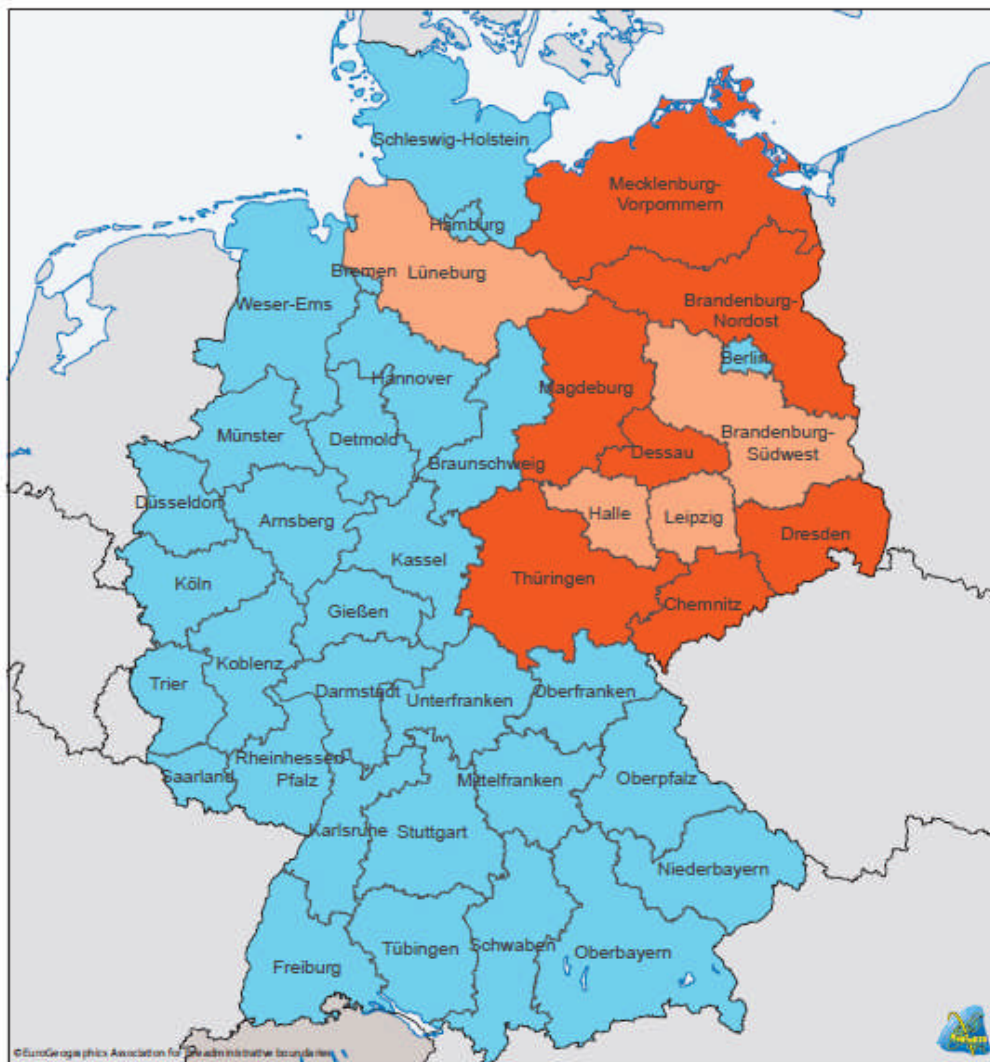
- Deutschland
 - Ziel „Konvergenz“: 11.864
 - Phasing-out: 4.215
 - Ziel „Regionale Wettb.fähigkeit und Beschäftigung“: 9.409
 - Insgesamt: 26.340
- EU insgesamt: 347.410 Mio. EUR



European Commission
DG Regional Policy

Structural Funds 2007- 2013: Convergence and Regional Competitiveness Objectives





Deutschland

Convergence and Competitiveness Objectives 2007-2013

Objective

- Convergence Regions
- Phasing-out Regions
- Phasing-in Regions
- Competitiveness and Employment Regions

Boundaries

- National
- NUTS 2

0 250 Km

Kohäsionspolitik in Ostdeutschland

- 2000-2006 in neuen Ländern + Berlin
Strukturfondsmittel (EFRE+ESF) ausgegeben:
18,3 Mrd. EUR
 - öff. Mittel insgesamt: 31,3 Mrd. EUR (EFRE zwei Drittel, ESF ein Drittel)
- Ungefähre Verteilung der Mittel auf Schwerpunkte in Länder-OPs:
 - 26% Infrastrukturmaßnahmen
 - 23% Förderung Arbeitskräftepotenzial
 - 22% Förderung gewerbl. Wirtschaft, KMU
 - 9% Schutz/Verbesserung Umwelt

Ergebnisse Kohäsionspolitik Ostdeutschland 2000-2006

- EU-Strukturpolitik führt zu jährl. Wachstum des ostdt. BIP von ca. 1,2 %
- Folge: jährlich sind ca. 100.000 Personen mehr erwerbstätig, als ohne Strukturpolitik
- Selbst wenn EU-Förderung nach 2006 abgebrochen wäre:
 - vorherige Förderung hätte trotzdem positive Effekte → jährl. BIP erhöht um 0,4 %, Erwerbstätigenzahl um ca. 15.000 Menschen

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- **Prioritätensetzung + Verzahnung mit EU 2020-Strategie:**
 - KOM würde Liste mit Prioritäten für Kohäsionspolitik vorgeben; Prioritäten – EU 2020 Strategie
 - Nach KOM würden MS und Regionen, die weiter entwickelt sind, sich auf zwei bis drei Prioritäten konzentrieren
 - Problem: zu enge Prioritätensetzung, zu wenig Spielraum für Regionen

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- Stärkere strateg. Programmplanung durch gemeinsamen strateg. Rahmen, der sich auf EFRE, ESF, Kohäsionsfonds, ELER + Europ. Fischereifonds erstreckt
 - kann guter Ansatz sein; Problem, wenn spezif. Förderansätze der Fonds keinen Raum haben
- Entwicklungs- u. Investitionspartnerschaft → würde zw. KOM + MS abgeschlossen, regionale Ebene wäre nicht beteiligt

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- Konditionalitäten + Sanktionen:
 - Nach Aussage der KOM: soll Kohäsionspolitik die economic governance unterstützen
 - Teil der Strukturfondsmittel nur ausgezahlt, wenn best. institutionelle Reformen in MS durchgeführt werden
 - Teil der Strukturfondsmittel nur ausgezahlt, wenn Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten
 - Problem:
 - kontraproduktiv
 - Konditionalitäten wären ohne Einbeziehung von Regionen vereinbart
 - Regionen würden für nationale Politiken „bestraft“

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- Leistungsbezogene Reserve: soll eingeführt werden, um „Fortschritte“ im Hinblick auf Ziele der EU 2020 zu belohnen → d.h. begrenzter Teil der Kohäsionsmittel würde einbehalten + bei Halbzeitüberprüfung an MS + Regionen ausgezahlt, wo größter „Fortschritt“
 - Problem: setzt falsche Anreize für Programmplanungsphase
 - Und: wie misst man diesen „Fortschritt“?
- Stärkere Nutzung von revolvingierenden Fonds:
 - Kann in einzelnen Bereichen Vorteile bringen
 - Jedoch bestimmte Programmziele damit nicht förderbar, denn Rückflüsse sind nicht zu erwarten (bspw. ESF-geförderte Projekte)

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- Stärkung des Ziels territoriale Kohäsion – ist durch den Vertrag von Lissabon zum wirtschaftl. + sozialen Zusammenhalt hinzugefügt worden (Art. 174)
 - D.h. grenzüberschreitende, interregionale, transnationale Zusammenarbeit
- Wie ist das vereinbar mit gleichbleibenden oder geringeren Mitteln für Kohäsionspolitik?
- Wie sieht Gewichtung innerhalb des Ziels territoriale Kohäsion aus?

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- Ablösung der derzeitigen Übergangsunterstützung für Übergang von Ziel „Konvergenz“ zu Ziel „Regionale Wettb.fähigkeit und Beschäftigung
- KOM plant Einführung von „Zwischenkategorie“ für Regionen, deren BIP zw. 75 % und 90 % des Unionsdurchschnitts beträgt
 - Problem: Zwischenkategorie würde Regionen mit unterschiedlichem Entwicklungsstand gleich behandeln – es würden neue Anspruchsgrundlagen entstehen
 - Wäre vielmehr wichtig, eine Übergangsregelung für Regionen zu finden, die ab 2014 aus der Förderung „Konvergenz“ herausfallen werden

Pläne der KOM zur künftigen Kohäsionspolitik

- ESF soll stärker an EU 2020-Strategie ausgerichtet werden
 - Mögliches Problem: wenn ESF-Programme nicht mehr maßgeschneidert + lokal ausgerichtet sind
 - Wenn ESF-Mittel für Leitinitiative „Flexicurity“ ausgegeben wird

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Keine Renationalisierung der Kohäsionsmittel
- Ausreichend Finanzmittel für Kohäsionspolitik (siehe Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, HH)
- Kohäsionspolitik → gelebte Solidarität zwischen Mitgliedstaaten
- Schwerpunkt: bedürftigste Regionen
- Orientierung auf neue Herausforderungen:
 - Gute Arbeit, Gleichstellung der Geschlechter, demograf. Wandel, Ausbau öff. Daseinsvorsorge, nachhalt. Wirt.entwicklung, Klimaschutz, Energiewende, ökolog. Umbau, Bildung

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Erhalt der gegenwärtigen Zielstruktur (Konvergenz, Regionale Wettb.fähigkeit, territ. Zusammenarbeit)
- Operationelle Programme → weiterhin Hauptinstrument zur Umsetzung
 - Auf regionaler Ebene Programmgestaltung und –umsetzung, themat. Fokussierung
 - Aktivierung lokaler + regionaler Akteure

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Stärkung des Partnerschaftsprinzips, stärkere Einbeziehung d. Wirtschafts- und Sozialpartner + anderer regionaler, lokaler Akteure – in allen Phasen d. Strukturförderung
 - Bisher ist Partnerschaftsprinzip definiert als Zusammenarbeit zwischen KOM und Mitgliedstaat
 - Jeder Mitgliedstaat *kann* Partnerschaft mit regionalen, lokalen, städtischen Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartner, Zivilgesellschaft organisieren
 - Partnerschaftsprinzip sollte detailliert + rechtsverbindlich definiert werden, so dass Einbindung der versch. Akteure garantiert ist

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Stärkere Einbeziehung d. Länderparlamente bei Erstellung d. Operat. Programme
- Anbindung an EU 2020-Strategie darf nicht zu einer Sektoralisierung d. Kohäs.politik führen
 - Kohäsionspolitik muss weiterhin auf regionaler Ebene zu integrierten Lösungen führen (über Politikfelder + Themen hinweg)
 - Keine zu restriktive Beschränkung der Prioritäten
 - Regionen sollen entspr. regionalen Bedürfnissen Prioritäten setzen

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Gegen Verpflichtung von Mitgliedstaaten + Regionen, bestimmte Reformen durchzuführen (vertragl. Kompetenzordnung, Subsidiaritätsprinzip)
- Übergangsregeln für Regionen, die derzeit im Ziel „Konvergenz“ gefördert werden
 - Übergangsregelung sollte Förderniveau von mind. zwei Drittel des jetzigen Niveaus sichern
 - Keine Einführung einer Zwischenkategorie

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- BIP – weiterhin Hauptkriterium für Bestimmung der Förderungswürdigkeit
- Jedoch: Ergänzung des BIP durch weitere Indikatoren (z.B. Höhe Arbeitslosigkeit, Ausbildungsmarkt, FuE-Infrastruktur, demograf. Wandel, Armut)
- Diskussion: weitere Indikatoren hinzuziehen bei Verteilung der Kohäsionsmittel auf verschiedene MS, oder erst bei Verteilung auf nationaler Ebene?

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Kofinanzierungssätze der EU nicht absenken
- ESF als Bestandteil der Kohäsionspolitik belassen; spezif. Einsatzmodalität d. ESF beachten;
 - Fokus richten auf Förderung Gute Arbeit + Bekämpfung von Armut

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Zuschussfinanzierung soll weiterhin Vorrang haben vor neuen Finanzinstrumenten
 - Beim ESF muss Zuschussfinanzierung die Regel sein
- Städtische Dimension innerhalb d. Kohäsionspolitik stärken
- Förderung ländlicher Raum → Abstimmung der Strukturfonds mit ELER

Forderungen der **LINKEN** - Diskussionspunkte

- Ablehnung von Sanktionierung bei „ungenügender“ Zielerreichung (wie bei leistungsbezogener Reserve) weil falsche Anreizsetzung
- Ablehnung von Sanktionierung in Form von Mittelkürzungen bei Nicht-Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Zeitleiste

- Juni 2011 Vorschlag zum künftigen Finanzrahmen d. EU-HH 2014-2020
- Juli 2011 Vorschläge Kohäsionsverordnungen
- 2011/2012 Verhandlungen d. Vorschläge im Rat und EP
- 2012 werden neue Rechtsvorschriften vorliegen
- 2013 Inkrafttreten

Handlungsempfehlungen

- EP:
 - Initiativberichte zu Kohäs.politik + Mehrjährigem Finanzrahmen;
 - Verhandlungen Verordnungen zu Strukturfonds; Verhandlungen zu Mehrj. Finanzrahmen (Zustimmung EP erforderlich)
- Bundestag:
 - Positionierung bei Lesungen im Rat (Verordnungen, Mehrj. Finanzrahmen)
- Länderparlamente:
 - Ausarbeitung d. Operationellen Programme

**Danke für Eure
Aufmerksamkeit!**